

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Band 74

Leistung gegen Daten

**Die vertragliche Datenüberlassung
in der Datenökonomie**

Von

Jason Tenta



Duncker & Humblot · Berlin

JASON TENTA

Leistung gegen Daten

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Herausgegeben von

Dirk Heckmann

Band 74

Leistung gegen Daten

Die vertragliche Datenüberlassung
in der Datenökonomie

Von

Jason Tenta



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich für Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück
hat diese Arbeit im Jahr 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: TextFormA(r)t, Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 2363-5479

ISBN 978-3-428-19437-7 (Print)

ISBN 978-3-428-59437-5 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ⊗

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der Austausch von Leistungen gegen Daten, oft plakativ als „Bezahlen mit Daten“ bezeichnet, ist ein Themenkomplex, zu dem sowohl Juristen als auch Ökonomen inzwischen zahlreiche Schriften veröffentlicht haben. Mit dieser Arbeit möchte ich den Regalen nicht nur ein weiteres Werk hinzufügen, sondern eine Verknüpfung zwischen den Regelungen für personenbezogene Daten und denen für nicht-personenbezogene Daten wagen. Während des Schreibprozesses erforderten zeitgleich im Entstehen befindliche Rechtsakte und sich wandelnde Geschäftsmodelle stets Flexibilität und Kreativität. Ich hoffe, dass die von mir entwickelten Lösungsansätze einen Beitrag leisten, um den Herausforderungen im Austausch von Leistungen gegen Daten gerecht zu werden.

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Recht des Geistigen Eigentums sowie deutsches und europäisches Zivilprozessrecht der Universität Osnabrück und wurde im Sommersemester 2024 durch den Fachbereich für Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten überwiegend bis Ende des Jahres 2024 berücksichtigt werden.

Mein Dank gilt zunächst Frau Professorin Dr. Mary-Rose McGuire für die hervorragende Betreuung während des gesamten Entstehungsprozesses. Für wertvolle Anmerkungen und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danke ich zudem Herrn Professor Dr. Hans Schulte-Nölke. Darüber hinaus gilt mein Dank all denen, die direkt oder indirekt zum Entstehen dieser Arbeit und dem Gelingen des Projekts „Promotion“ beigetragen haben. Mein größter Dank gilt schließlich meiner Familie, die mich auf vielfältige Weise unterstützt hat und ohne die dieser Weg nicht möglich gewesen wäre.

Kerken, im Dezember 2024

Jason Tenta

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

	Thematische Einführung	17
A. Einleitung	17	
B. Anlass der Untersuchung	18	
C. Gang der Untersuchung	19	
D. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	21	
I. Begriffsbestimmung: Daten und Informationen	21	
1. Informationen	21	
a) Information als Wirkung	22	
b) Semiotische Betrachtung	23	
aa) Strukturelle Ebene	23	
bb) Syntaktische Ebene	24	
cc) Semantische Ebene	25	
dd) Pragmatische Ebene	25	
c) Zusammenfassende Beschreibung	26	
2. Daten	27	
a) Technische Definitionsansätze	28	
b) Juristische Definitionsansätze	29	
c) Abgrenzung zu Informationen	32	
3. Personenbezogene Daten als Sonderfall	33	
a) Das Datenschutzrecht	34	
b) Auflösung des Personenbezugs	36	
aa) Pseudonymisierung	37	
bb) Anonymisierung	39	
cc) Synthetisierung	42	
c) Neue Relevanz der Abgrenzung	43	
d) Zwischenergebnis	44	
4. Personenbezogene Daten als Währung	45	
II. Datenschuldner und Datengläubiger als Akteure	47	
III. Anwendbare Rechtsordnung	47	
1. Allgemeines	48	

2. Datenschutzrechtliche Besonderheiten	50	
3. Zwischenfazit	55	
Fazit 1. Teil – Zusammenfassung	55	
<i>2. Teil</i>		
Die Datenökonomie		57
A. Grundlagen der Datenökonomie	58	
I. Geschichtliche Entwicklung	58	
II. Heutige Bedeutung	59	
III. Ausblick	61	
B. Güter in der marktbezogenen Wirtschaftsordnung	62	
I. Definition „Gut“	62	
1. Rivalisierende Güter	64	
2. Verbrauchbare Naturgüter	65	
3. Exklusive Güter	66	
4. Immaterialgüter	68	
5. Zusammenfassung	71	
II. Daten als Wirtschaftsgut	72	
1. Wertbestimmung	74	
a) Kostenansätze	74	
b) Nutzenansätze	75	
c) Kombination der Ansätze	76	
2. Fehlender Preisbildungsmechanismus	76	
3. Zwischenfazit	77	
C. Güterzuordnung und die wirtschaftliche Bedeutung der Vertragsfreiheit	78	
I. Wohlfahrtssteigerung durch Effizienzsteigerung	78	
II. Das Coase-Theorem und die Vertragsfreiheit	79	
1. Das Coase-Theorem	79	
2. Kritik am Coase-Theorem	81	
3. Zusammenfassung	82	
III. Allokationseffizienz und Übertragbarkeitseinschränkungen	83	
IV. Marktversagen bei Informationsgütern	83	
V. Zwischenergebnis	84	
D. Geschäftsmodelle	85	

Inhaltsverzeichnis 9

I.	Der Begriff des Geschäftsmodells	85
II.	Datengetriebene Geschäftsmodelle	86
1.	Zielgerichtete Online-Werbung	88
2.	Datenbasierte Preisdifferenzierung	92
3.	Datenbasierte Verhaltensvorhersage	99
III.	Hürden im Datenzugang	100
1.	Datenschutzgrundverordnung	100
a)	Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	101
b)	System der Erlaubnistratbestände	101
2.	Data Act	102
a)	Datenzugangsrechte	103
b)	Vertragliche Vereinbarung zur Datennutzung	104
3.	Zwischenfazit	105
IV.	Anreizmodelle zur Datenpreisgabe	105
1.	Kostenlose Dienste	105
2.	Bessere Dienste	106
3.	Günstigere Dienste	109
4.	Produktdaten als Gegenleistung	112
5.	Zwischenzusammenfassung	114
V.	Data lifecycle	116
1.	Datensammlung und Datenhandel – Anreizsetzung	117
2.	Informationsgewinnung – Scoring	117
3.	Verwertung – Wertschöpfung	118
4.	Exkurs: KI als Schlüsseltechnologie	118
5.	Zwischenfazit	119
Fazit 2. Teil – Drohendes Marktversagen	120	

3. Teil

	Daten als Gegenleistung	122
A.	Vertragsschluss	123
I.	Monetäre Grundmodelle	124
II.	Datenfinanzierte Grundmodelle	124
1.	Dienste mit Registrierungserfordernis	125
2.	Dienste ohne Registrierungserfordernis	126
a)	Rechtsbindungswille des Anbieters	127
b)	Rechtsbindungswille des Nutzers	128

aa) Aufrufen von Webseiten	129
bb) Nutzen von Webseiten	129
cc) Annehmen von (Nutzungs-)Bedingungen	130
III. Zwischenfazit	133
B. Die (Gegen-)Leistung in entgeltlichen Schuldverhältnissen	133
I. Leistungsbegriff	133
II. Daten als Gegenstand des Privatrechts	135
III. Der Leistungsaustausch	136
1. Die Verknüpfung der Leistungen	137
a) Synallagmatische Verknüpfung	138
b) Konditionale Verknüpfung	139
c) Kausale Verknüpfung	140
2. Anwendung auf „Leistung gegen Daten“	140
a) Kausale Verknüpfung	141
b) Synallagmatische oder konditionale Verknüpfung?	142
c) Sonderfall § 516a BGB	148
d) Zwischenfazit	149
IV. Die Gegenleistung	150
1. Das Recht am Datum als Gegenleistung	150
a) Absolute und relative Rechte	151
aa) Absolute Rechte	152
bb) Relative Rechte	153
b) Ausschließliche Rechte an Daten	154
aa) Dateneigentum	154
bb) Immaterialgüterrechte	155
(1) Urheberrecht	155
(2) Geschäftsgeheimnisrecht	157
(3) Patentrecht	157
(4) Zwischenergebnis	158
cc) Sui generis-Immaterialgüterrecht	159
dd) Ausschließliche Rechte an personenbezogenen Daten	159
(1) Datenschutz als subjektives Recht	160
(2) Datenschutz als Abwehrrecht ohne Zuweisungsfunktion	161
c) Zwischenergebnis	162
2. Der faktische Datenzugang als Gegenleistung	162
a) Zwischenergebnis	164
3. Die Verarbeitungserlaubnis als Gegenleistung	164

a) Die vertragliche Grundlage nach dem Data Act	165
b) Die datenschutzrechtliche Verarbeitungserlaubnis	168
aa) Erforderlichkeit zur Vertragserfüllung	168
(1) Abstrakt-wertender Erforderlichkeitsmaßstab	168
(2) Konkret-objektiver Erforderlichkeitsmaßstab	169
(3) Meta Entscheidung des EuGH	170
(4) Zwischenergebnis	173
bb) Interessenabwägung	173
cc) Einwilligung	175
dd) Zwischenergebnis	175
4. Zwischenfazit	176
V. Die datenschutzrechtliche Einwilligung	177
1. Rechtsnatur der Einwilligung	177
2. Die Rolle der datenschutzrechtlichen Einwilligung im System des Datenschutzrechts	182
a) Anforderungen an die datenschutzrechtliche Einwilligung	182
aa) Informiertheit des Einwilligenden	183
bb) Bestimmtheit der Einwilligung	185
cc) Freiwilligkeit der Erteilung	185
(1) Absolutes Kopplungsverbot	189
(2) Relatives Kopplungsverbot	190
(3) Zwischenfazit zum Kopplungsverbot	192
b) Widerruflichkeit der Einwilligung	192
aa) Ex nunc Wirkung des Widerrufs	193
bb) Kein Widerrufsausschluss	193
3. Kritik der Einwilligung	195
a) Idealbild der Einwilligung	195
b) Privacy Paradox	196
aa) Sozio-ökonomischer Hintergrund	196
bb) Reale Verhaltensabweichungen	197
cc) Verhaltensökonomische Erklärung	198
c) Informations- und Entscheidungsdefizite der Verbraucher	199
d) Dark Patterns	201
e) Marktdynamiken als Defizit aus gesellschaftlicher Perspektive	204
f) Nutzung von Freiheiten zur Aufgabe der Freiheit	205
g) Zwischenfazit	206
Fazit 3. Teil – Einordnung und Defizite	207

	<i>4. Teil</i>	
	Lösungsmöglichkeiten	210
A.	Gesetzgeberische Anpassungen	210
I.	Einführung eines „Dateneigentums“	211
II.	Anwendungsbezogene Regulierung personenbezogener Daten	214
III.	Modifikation der Einwilligung	219
IV.	Zugangsansprüche	223
V.	Datenintermediäre	224
1.	Allgemeine Idee	225
2.	Ansatz des Data Governance Act	226
3.	Ansatz einer „Datentreuhändler“	226
4.	Personal Information Management Systems (PIMS)	228
a)	Regelung des TDDDG	228
b)	Privacy Bots	229
c)	Kritik	230
5.	Digitale Identitäten	231
VI.	Verwertungsgesellschaften	232
VII.	Verpflichtende Alternativen ohne Datenverarbeitung	233
VIII.	Zwischenergebnis	239
B.	Individuelle Anpassungen	239
I.	Etablierung von „Dauerschuldverhältnissen“	240
II.	Umfassende und frühe Anonymisierung	242
III.	Vertragliche Nachbildung eines absoluten Rechts an Daten	245
IV.	Einsatz von Mustervertragsklauseln	246
1.	Unangemessene Klauseln und AGB-Kontrolle	247
2.	Notwendige Regelungsinhalte	247
a)	Spezifizierung der Leistungen	248
b)	Festlegung der erfassten Daten	249
c)	Vereinbarung der Nutzungsrechte	250
d)	Nebenabreden bezüglich der technischen Umsetzung	250
e)	Gewährleistung, Haftung, Laufzeit und Vertragsstrafen	251
3.	Mustervertragsklauseln	252
	Fazit 4. Teil – Keine umfassende Lösung	254

Inhaltsverzeichnis	13
<i>5. Teil</i>	
Schlussbetrachtung und Thesen	255
A. Schlussbetrachtung	255
B. Thesen	259
Literaturverzeichnis	261
Sachverzeichnis	287

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht, anderer Auffassung
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
ALI	American Law Institute
Art.	Artikel
B2B	Business-to-Business
B2C	Business-to-Consumer
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie e. V.
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
BKartA	Bundeskartellamt
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	Beziehungsweise
CCS	Conference on Computer and Communications Security
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
CRi	Computer Law Review International (Zeitschrift)
DA	Data Act/Datengesetz (EU-Verordnung)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
DGA	Data Governance Act (EU-Verordnung)
DID-RL	Digitale Inhalte und Dienstleistungen-Richtlinie
DMA	Digital Markets Act (EU-Verordnung)
DSA	Digital Services Act (EU-Verordnung)
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DSK	Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
EDPB	European Data Protection Board
EG/ErwGr.	Erwägungsgrund

ELI	European Law Institute
et al.	et alii/et aliae
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
f./ff.	folgende/fortfolgende
FFD-VO	EU-Verordnung über den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
GEK	Gemeinsames Europäisches Kaufrecht
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Zeitschrift)
GRUR-Patent	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Patent (Zeitschrift)
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IT	Informationstechnologie
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JIPITEC	Journal of Intellectual Property, Information Technology, and Electronic Commerce Law (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
KI	Künstliche Intelligenz
KI-VO	Gesetz über künstliche Intelligenz (EU-Verordnung)
KUG	Kunsturheberrechtsgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MüKO	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht (Zeitschrift)
PatG	Patentgesetz
PIMS	Personal Information Management System
PinG	Privacy in Germany (Zeitschrift)
RDi	Recht Digital (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
RW	Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
S.	Seite
sog.	sogenannt/e/r
TDDDG	Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz
TTDSG	Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre in Telekommunikation und in Telemedien
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz

UrhG	Urheberrechtsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
vgl.	vergleiche
VuR	Verbraucher und Recht – Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht (Zeitschrift)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zeitschrift)
ZdiW	Zeitschrift für das Recht der digitalisierten Wirtschaft (Zeitschrift)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (Zeitschrift)
ZfDR	Zeitschrift für Digitalisierung und Recht (Zeitschrift)
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (Zeitschrift)

1. Teil

Thematische Einführung

A. Einleitung

Der Zugang zu großen Mengen hochwertiger Daten ist für die einschlägigen Digitalunternehmen von existenzieller Bedeutung und ein Grundpfeiler ihres Erfolgs. Neben diesen drängen jedoch vermehrt auch Unternehmen auf einen Zugang zu Datenbeständen, deren Geschäftsmodell zunächst nicht datenzentriert erscheint. Die Erklärung hierfür liegt schlicht darin, dass auch diese Unternehmen – beispielsweise die Hersteller von Maschinen, Fahrzeugen und Haushaltsgeräten – zunehmend vernetzte Produkte herstellen. Mithilfe der „nebenbei“ aufgezeichneten Daten ist es möglich, die Kernfunktionen der Geräte zu optimieren und zusätzliche Dienste zu entwickeln. Eine zentrale Funktion ist die Verbesserung der Vorhersage zukünftiger Kundenbedürfnisse.¹ Hierfür sind enorme Datenmengen notwendig, denn „nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten“².

Neben tatsächlichen Hürden bestehen für den Datenzugang vor allem auch rechtliche Hürden. Nur wenige Unternehmen vereinen ausreichende Datenmengen mit den zu ihrer Verarbeitung notwendigen Kapazitäten. Dem Zugang zu entsprechenden Daten kommt damit eine nicht zu überschätzende Bedeutung zu: Daten sind mehr wert als Geld.³ In diesem Zusammenhang überrascht es daher wenig, dass heute nahezu alle Unternehmen nach Wegen suchen, um neue interne und externe Datenquellen zu erschließen und möglichst effizient an der datengetriebenen Wertschöpfung zu partizipieren.⁴

Die derzeit bestehenden Strukturen bieten hierfür aber keinen fairen Rahmen. Einigen wenigen Unternehmen ist es möglich, sich die technischen Besonderheiten und regulatorischen Defizite zunutze zu machen und in nahezu unbeschränktem Ausmaß Daten zu sammeln und zu verwerten. Ihre Nutzer haben oftmals keine genaue Kenntnis von diesen Vorgängen, weil sie schlicht nicht informiert werden oder nicht in der Lage sind, die oftmals langen und komplexen Informationstexte

¹ Vgl. Marshall/Mueck/Shockley, Strategy & Leadership 2015, 32 (32).

² Zitat von August Bebel, zitiert nach Trauth/Mayer, in: Datenwirtschaft und Datentechnologie, S. 12.

³ Vgl. Hacker, ZfPW 2019, 148 (151); vgl. auch Grün, in: Digitalisierung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht, S. 129: „Die aus Daten gewonnenen Informationen können mehr Wertschöpfung als die [verkauften] Maschinen selbst“.

⁴ Marshall/Mueck/Shockley, Strategy & Leadership 2015, 32 (32).

ausreichend zu verstehen. Ein weiteres Ungleichgewicht besteht zwischen den verschiedenen Unternehmen. Die einschlägigen Big Player profitieren von den bestehenden Strukturen, die zu einer schwachen Position kleinerer Unternehmen und der Verbraucher führen und schließen diese von der Wertschöpfung, der durch sie produzierten Daten weitgehend aus. Diesem Marktversagen nimmt sich die Europäische Union an und beginnt einen Regelungsrahmen für Datenmärkte zu schaffen, der natürliche Personen schützen und die Position kleiner und mittlerer Unternehmen stärken soll.

Dieser Regelungsrahmen wird in großem Maße durch die Datenschutzgrundverordnung⁵ (DSGVO) und den Data Act⁶ (DA) gebildet. Trotz ihrer zunächst gegenläufig erscheinenden Ansätze setzen diese beiden Verordnungen im Bereich der Datenökonomie zentral auf das Vertragsrecht – jedoch ohne umfassende vertragliche Regelungen bereitzustellen.

B. Anlass der Untersuchung

Der Zugang zu großen Mengen relevanter Daten ist für Unternehmen von großem Wert, stellt sie aber gleichzeitig vor komplexe rechtliche und tatsächliche Hürden. Als Lösung haben sich Geschäftsmodelle etabliert, die Leistungen nicht bloß im Austausch gegen monetäre Zahlungen anzubieten, sondern Daten als (alleinige) Form der Gegenleistung nutzen. Während zu Beginn vor allem die Anbieter von Online-Diensten auf diese Modelle gesetzt haben, ist dieses Vorgehen mittlerweile auch darüber hinaus in verschiedenen Ausprägungen weit verbreitet.

Der Regelungsrahmen dieser Geschäftsmodelle besteht derzeit vor allem im Datenschutzrecht. Im Zuge der neuen europäischen Digitalstrategie und der in deren Rahmen erlassenen Rechtsakte deuten sich neue Regelungen – auch für nicht-personenbezogene Daten – sowie Lösungen für derzeit bestehende Probleme an. Die wichtigsten Rechtsquellen finden sich im Vertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie in Europäischen Verordnungen, vor allem in der Datenschutzgrundverordnung und dem Data Act. Diese Rechtsquellen widmen sich allerdings allein einzelnen Aspekten, nicht aber der Schaffung eines stimmigen Gesamtkonzeptes in Form eines einheitlichen Vertragstyps. Die Bildung eines solchen bleibt der Wissenschaft überlassen.

Erheblicher Untersuchungsbedarf besteht unter anderem bezüglich folgender Aspekte:

⁵ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

⁶ Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828.

- Der Austausch von Leistungen gegen Daten, statt oder neben einer monetären Zahlung kann den Zugang zu Daten sicherstellen. Für dieses Modell relevante Regelungen finden sich in Bezug auf personenbezogene Daten im Datenschutzrecht und seit 2022 auch im Vertragsrecht. Gleichwohl bestehen weitreichende Regelungslücken und große Unsicherheiten, die zu hohen Transaktionskosten führen. In Bezug auf nicht-personenbezogene Daten ist der Regelungsrahmen noch weitaus lückenhafter.
- Die vorhandenen Regelungen ermöglichen zwar die entsprechenden, einen Datenzugang sichernden Geschäftsmodelle, weisen aber deutliche Defizite auf. Insbesondere stellt die datenschutzrechtliche Einwilligung für beide Seiten keine zufriedenstellende Rechtsgrundlage dar.
- Die neuen Digitalrechtsakte der Europäischen Union und das entstehende Unionsdatenrecht können dazu führen, dass eine Ausweitung des Modells „Leistung gegen Daten“ auf nicht-personenbezogene Daten möglich wird. Wirtschaftlicher Bedarf hierfür besteht nicht zuletzt durch die zunehmende Verbreitung künstlicher Intelligenz.
- Zur Lösung bestehender Herausforderungen in Bezug auf den Zugang zu Daten und die Verteilung der aus Daten gewonnenen Wertschöpfung müssen auch die neuen Digitalrechtsakte herangezogen werden. Da diese Rechtsakte auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes im Bereich der Datenökonomie bezwecken bestehen zahlreiche Überschneidungen, aber auch Konkurrenzen zwischen ihnen.

C. Gang der Untersuchung

Im ersten Teil erfolgt zunächst die Eingrenzung der für die vorliegende Arbeit relevanten Begriffe. Sowohl der Daten- als auch der hiervon abzugrenzende Informationsbegriff beschreiben vielschichtige Konzepte. Umso wichtiger ist daher eine präzise Begriffsbestimmung. Aufgrund der Bedeutung personenbezogener Daten im Fortgang der Arbeit wird ihnen ein eigener Abschnitt gewidmet und auch auf Methoden eingegangen, die es ermöglichen, den Personenbezug der Daten aufzulösen.

Daran anschließend werden im zweiten Teil die Grundlagen der Datenökonomie dargelegt. Es wird die Herleitung vertraglich handelbarer Rechte („Property Rights“) als Voraussetzung einer effizienten Ressourcenallokation nachvollzogen und untersucht, auf welche Weise diese Annahmen auf Daten und Informationen übertragen werden können.

Im Rahmen der Beschreibung der wichtigsten typischen Geschäftsmodelle wird auf Möglichkeiten der Datenverwertung sowie damit verbundene Hürden, aber auch auf Anreize für eine Datenpreisgabe eingegangen. Voraussetzung für die